

Stellungnahme zur Verabschiedung des Haushaltsplans 2021
der Fraktionssprecherin Annette Floyd-Wenke
im Rat der Stadt Rheine am 16.03.2021

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

vielen ist anders in diesem Jahr, auch die Form der Stellungnahmen der Fraktionen im Rat der Stadt Rheine zu dem im Oktober vergangenen Jahres von Bürgermeister und Kämmerer eingebrachten Haushaltsplanentwurf. Es gibt in diesem Jahr keine ausführlichen Reden, nur kurze Statements und schriftliche Stellungnahmen.

Der vorgelegte Entwurf weist ein Haushaltsdefizit von 1,785 Mio Euro aus. Der unausgeglichene Haushalt wird vom Kämmerer mit der Corona-Pandemie und den geplanten Schulsanierungen begründet, wobei die Corona-bedingte Belastung 10,8 Mio Euro betragen soll.

Dem Entwurf mangelt es an Transparenz bezüglich der Planungsgrundlagen. Er ist daher kaum einlassungsfähig, und lässt jedenfalls eine seriöse Planung in dem Ausmaß, wie es seitens der Mehrheitsfraktionen bereits beschlossen wurde, nicht zu.

Die vom Kämmerer erwarteten Erträge werden nicht weiter substantiiert und scheinen bezüglich der Gewerbesteuerereinnahmen und der Gemeindeanteile an der Einkommens- und Umsatzsteuer die Corona bedingten Mindereinnahmen nicht angemessen berücksichtigt zu haben. Zu moderat werden andererseits die erforderlichen Aufwendungen kalkuliert. So wurden Schulsanierungen, Transferleistungen und Personalkosten nur mit geringem Mehrbedarf angegeben.

Die Beurteilung der Haushaltsansätze sind ferner durch den Umstand erschwert, dass eine gründliche Vorberatung in den Fachausschüssen durch den Wegfall von Präsenzsitzungen nicht zustande kam.

Der Haushaltsplanentwurf beinhaltet, wie jedes Jahr, eine völlig intransparente Darstellung des Stellenplans. Noch bewegt sich der Personalaufwand im Vergleich zu anderen Kommunen mit einem Anteil von 20% an den Gesamtaufwendungen in einem durchschnittlichen Rahmen. Der Stellenaufwuchs, z.B. durch Übertragung weiterer Aufgaben, ist jedoch nicht vergleichbar mit den Aufwendungen, die durch Auslagerung bzw. Übertragung an freie Träger Auswirkungen auf den kommunalen Haushalt haben. Über diese „Umwandlungen“ lassen sich im Stellenplan jedenfalls keine Angaben finden. Wir fordern daher auch in diesem Jahr die Vorlage einer konkreten und detaillierten Besetzungsaufstellung der Beschäftigten mit prozentualer Darstellung der Aufgaben, Zuständigkeits- und Arbeitsplatzzuordnung sowie der tariflichen Einordnung.

Wie der Bürgermeister in seiner Rede erwähnt, soll auch mit der jetzt prognostizierten Verschlechterung weiter an den geplanten Investitionen festgehalten werden. Es wird auf Steuerhöhungen verzichtet und den Unternehmen wurde

angeboten, die Gewerbesteuervorauszahlungen zu senken oder zu stunden. Andere Maßnahmen, wie der Verzicht auf Sondernutzungsgebühren für Außenflächen, die Handel und Gastronomie während der Krise entlasten sollen, wurden vom Rat beschlossen. An dieser Stelle allerdings die Ausweitung des Stadtbusverkehrs zu nennen, die ohnehin nur als Testphase gefahren wird, ist Augenwischerei. Es ist derzeit noch völlig unklar, wie der Stadtbusverkehr zukünftig organisiert werden wird.

Auch die Frage, welche Nachfrage das vom Bürgermeister für Ende 2020 zugesagte und von der EWG zu erstellende Gewerbeflächenkonzept aufruft, ist nicht beantwortet. Wird Rheine weiterhin vornehmlich Logistiker und Unternehmen mit riesigen – und lange leerstehenden Lagerhallen – bedienen, die dann kaum Gewerbesteuererinnahmen generieren und mit der Schaffung nur weniger, und niedrig bezahlter Arbeitsplätze auch nicht wesentlich zu einer Erhöhung der Erträge durch die Einkommenssteuer beitragen?

Wie schon in 2019 soll die Schaffung von Wohnraum eine zu bearbeitende Herausforderung bleiben. Dem ist im Kern zuzustimmen, nur weist die bisherige Analyse der Bedarfe längst nicht die Richtung an, in die sich der Wohnungsbau in Rheine entwickeln soll. Der Begriff Wohnraumversorgungskonzept steht seit langem im Pflichtenheft der Verwaltung. Herausgekommen ist bis jetzt allerdings nur ein politischer Arbeitskreis, der ohne konkrete Zielvereinbarung und ohne jegliche Kompetenzen, Informationen der Stadtplanung in Videokonferenzen diskutiert. Sehr viel reger, leider aber noch nicht in ausreichendem Maße, agiert da unsere Wohnungsgesellschaft, die neben Modernisierungen auch neue Wohnungen und Kitas baut und der es gelingt, in dem geplanten Kostenrahmen ihre Ziele zu verwirklichen.

Und auch der Klimaschutz liegt unserem Bürgermeister am Herzen. Hier warnt er vor der Verzettlung in Symbolpolitik und einer Spaltung der Gesellschaft. Wir meinen, dass es für das Erreichen der Klimaziele nicht ausreicht, einen breiten politischen und gesellschaftlichen Konsens allein zu propagieren. Vielmehr müssen konkrete Maßnahmen dafür sorgen, die politische Einsicht und die Akzeptanz in der Bevölkerung zu aktivieren.

Der digitale Wandel, der Rheine zur Smart City transformieren soll, ist in der Vision des Bürgermeisters in den nächsten fünf Jahren **die** Herausforderung. Es ist erforderlich und auch richtig, der Bevölkerung zeitnah ein flächendeckendes Internet zur Verfügung zu stellen und sämtliche Schulen an das Glasfasernetz anzuschließen.. Um die Betreuung der IT-Infrastruktur für die Verwaltung und die Schulen gewährleisten zu können, sollen zudem zusätzliche Stellen eingerichtet werden. Wir wollen hoffen, dass auch mit der Einrichtung zusätzlicher Home-Office Arbeitsplätze die Verwaltungsdienstleistungen für unsere Bürgerinnen und Bürger einfacher und schneller werden. Nicht einlassungsfähig ist für uns die Bemerkung des Bürgermeisters zu Sicherheit und Sauberkeit. Was soll damit konkret gemeint sein? Welche Einsatzfelder werden angesprochen?

In der Auseinandersetzung mit dem uns vorliegenden Haushaltsplanentwurf hat meine Fraktion den Fokus auf drei Bereiche gelegt, die ich an dieser Stelle hervorheben möchte:

Investitionen – Förderungen – Ratsarbeit in Corona-Zeiten

Die Verwaltung will **Investitionen** lediglich als finanzwirtschaftliches Mittel bei der Steuerung des Haushaltes verstanden wissen. In unserem erweiterten Verständnis sind Investitionen aber auch ein Instrument zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur und der Bedingungen der allgemeinen Daseinsfürsorge, mit dem z. B. der Lebensraum der Stadt attraktiver gestaltet werden und der Zugang zu den Arbeitsorten erleichtert werden kann. Dies ist insbesondere dann wichtig, wenn Bund und Länder hier versagen.

Das Vorgenannte erkennen wir in den Haushaltsplänen der Verwaltung in den letzten Jahren nicht. Ganz im Gegenteil; Da wird um ein Konzept zur Sicherung des Stadtbusverkehrs geschachert, Kitas werden eingerichtet, von deren Konzept man nicht wirklich überzeugt ist, Änderungsvorschläge der Fraktionen werden so lange ausgesessen, bis sie in Vergessenheit geraten – und das immer mit der Begründung, dass das Stadtsäckel keine weiteren Spielräume für freiwillige Auf- und Ausgaben zulasse. Wenn es aber darum geht, das Rathauszentrum zu ertüchtigen, dann geht es plötzlich um den Sanierungsstau, der innerhalb weniger Jahre ins schier Unermessliche gestiegen ist und deshalb Investitionen schnell getätigt werden müssen. Fraktionen, die sich noch letztes Jahr damit rühmten, einen konsequenten Sparkurs, egal was da komme, durchgesetzt zu haben, sind nun bereit, ganz tief in unsere Tasche zu greifen. So ganz wird die Linie *unbedingter Sparkurs* dann doch nicht verlassen: Gebührenerhöhungen für die Bürgerinnen und Bürger, die Zurückhaltung bei der beantragten Streichung der Straßenausbaubeiträge und die Verweigerung minimaler Stellenanteile zur Aufrechterhaltung der kulturellen Angebote im Falkenhof zu gewähren, sprechen eine deutliche Sprache.

Es entsteht der Eindruck, dass es nur Projekte auf die Agenda schaffen, die auf eine **Förderung** durch Bund und Land hoffen lassen. Dabei sollte aber nicht außer Acht gelassen werden, dass diese Vorhaben zunächst darauf geprüft werden sollten, ob sie seitens der Verwaltung auch mit vorhandenem Personal bewältigt werden können. Es kann nicht sein, dass wir jedes Jahr weiter Personal aufstocken müssen, nur um großangelegte Projekte überhaupt realisieren zu können. Und vergessen wir nicht: Bei diesen Vorhaben entstehen auch immer zusätzliche Kosten durch das Einholen von Gutachten und Expertisen. Das alles zahlen, genau wie die Fördersummen selbst, die Steuerzahler*innen. Mit diesem Wissen fordern wir deshalb immer die breite Beteiligung der Bevölkerung, bevor in den Fachausschüssen vorberaten und im Rat final beschlossen wird.

Das Thema **Ratsarbeit** hat in **Corona-Zeiten** eine besondere Bedeutung gewonnen. Die Fachausschusssitzungen wurden ausgesetzt und durch Informationsveranstaltungen der Verwaltung ersetzt. Das heißt, es wurde weder zu Themen vorberaten, noch wurde die Öffentlichkeit beteiligt und Beschlüsse durften via Videokonferenzen aufgrund landesrechtlicher Vorgaben nicht gefasst werden. Für die Beschlüsse, welche die Verwaltung für wichtig erachtete, wurde der Haupt-Digital- und Finanzausschuss mit Ratskompetenz ausgestattet. Meiner Fraktion war und ist es aber an dieser Stelle wichtig, auf weitere Erschwernisse bei der Wahrnehmung ihrer Mandatstätigkeiten hinzuweisen. Die vorgenannten Umstände haben uns dazu veranlasst, unsere Anliegen vermehrt schriftlich, als Anfrage oder Anträge, an die Verwaltung zu richten und eine Befassung in den jeweils zuständigen Ausschüssen zu verlangen. War es schon vorher schwierig, wichtige Anliegen, wie

z.B. das Thema Sozialberichterstattung zeitnah in die Diskussion zu führen, so mussten wir, und auch andere Fraktionen, seit Beginn der Corona-Krise immer häufiger erfahren, dass Anträge mit dem Einreichen bei der Verwaltung zunächst vom Bürgermeister kommentiert wurden, um vielleicht in für die Zukunft geplante Konzepte eingearbeitet zu werden. Die Befassung erfolgt dann in Arbeitskreisen ohne Beschlusskompetenz. Dieses Verfahren kann nicht mehr als Corona geschuldet gewertet werden und wir erwarten, dass Anträge, dem üblichen Procedere folgend, als solche in den Fachausschüssen beraten werden.

Unter diesen, nicht hinnehmbaren Umständen werden und können wir dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf nicht zustimmen. Nicht nur die mangelnde Validität der angegebenen Daten, die überwiegend auf Schätzungen basieren, auch die völlig unzureichende Vorberatung in den Fachausschüssen, haben eine verantwortungsvolle Entscheidungsfindung – bei der die Beteiligung der Bevölkerung ohnehin ausgeschlossen war, nicht zugelassen.